Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung" erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen 2,50 Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,75 Mark, bei Postbestellung 2,60 Mark zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Früher: Wilsdruffer Tageblatt

Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 4gespaltene Raumzeile 30 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 60 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile der Zeitung 160 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen auch alle Vermittlungsstellen entgegen.

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen u. a.

Nr. 10 — 83. Jahrgang. Tel.-Adr.: „Sachsenzeitung" **Wilsdruff-Dresden.** Postscheck: Dresden 2640 **Sonnabend 12. Januar 1924**

Die englische Regierung gegen die Pariser Vorschläge.

Die englische Regierung mit den Pariser Vorschlägen nicht einverstanden.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.")

London, 11. Jan. In der gestrigen Unterredung, die der französische Botschafter mit Lord Courzon hatte, erklärte Courzon, daß die englische Regierung mit den Pariser Vorschlägen nicht einverstanden sei, wonach die Rheinlandkommission eine Untersuchung der Verhältnisse in der Pfalz vornehmen wolle. Die Mitglieder der Rheinlandkommission seien bereits durch ihre Stellungnahme zu der Frage der Anerkennung der Verordnungen der Separatisten in bestimmter Richtung entgegengekommen.

Wahlversammlungen verbotener Parteien in Thüringen gestattet.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.")

Weimar, 11. Jan. Der Befehlsinhaber für Thüringen hat in Anbetracht der bevorstehenden Thüringer Landtagswahlen eine Verordnung erlassen, die die Abwicklung des Wahlgeschäftes sicherstellen soll. Diese Verordnung enthält zunächst einige Bestimmungen über die Ausübung des Wahlrechts für Personen, die die Anschauungen der verbotenen Parteien vertreten. Hiernach sollen diese in der Ausübung ihres Wahlrechts nicht verhindert werden, sie dürfen sich jedoch nur zum Zwecke der Wahlvorbereitung zu Organisationen zusammenschließen. Ebenso sind Wahlversammlungen dieser verbotenen Parteien gesichert, jedoch nur nach vorheriger Anmeldung bei dem zuständigen Reichswehrkommando und unter Aufsicht der Polizei. Die Versammlungen der anderen Parteien sind nicht anmeldepflichtig und müssen 48 Stunden vor dem Stattfinden bei der Polizei und dem zuständigen Reichswehrkommando angemeldet werden. Schließlich wird noch bestimmt, daß alle Flugblätter usw. vor ihrer Ausgabe der Genehmigung der zuständigen Reichswehrgruppe bedürfen. Die Wahl unter dem Schutze der Reichswehr unterliegt also einer gewissen Beschränkung.

Ludendorff und Hitler des Hochverrats angeklagt

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.")

München, 11. Jan. Wie die „Allgem. Ztg." erfährt, wird die auf Hochverrat lautende Anklage zunächst gegen folgende führende Persönlichkeiten erhoben: Adolf Hitler, General Ludendorff, Büttner, Polizeioberamtmann Fritz Weber, Führer des Bundes Oberland Hauptmann Böhm und Leutnant Brückner.

Die Reichsregierung legt gegen die Verhaftung von Geiseln Protest ein.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Ztg.")

Berlin, 11. Jan. Gegen die Verhaftung von Geiseln durch die belgischen Separatisten, die ohne Billigung und Unterstützung durch die französischen Besatzungsbehörden nicht möglich gewesen wäre und nicht aufrecht erhalten werden konnte, wird, wie angenommen werden darf, von der Reichsregierung bei der Rheinlandkommission alsbald Protest eingelegt werden.

Dem Gedenken des 11. Januar.

Berlin, 11. Jan. Die heutigen Morgenblätter bringen anläßlich des heute vor einem Jahre erfolgten Ruhreinbruchs der Franzosen und Belgier Gedenkartikel, die sich in den allgemeinen Gedankengang der Kundgebungen des Reichskanzlers und des Reichsministers für die besetzten Gebiete, Höfle, bewegen.

Stinnes über die Reparationsregelung.

Paris, 10. Jan. „Journal des Debats" veröffentlicht ein Interview mit Hugo Stinnes. Dieser habe erklärt, nur eine gemeinsame Reparationsregelung durch die beiderseitigen Industrievertretungen sei möglich.

Separatistische Unverschämtheit.

Ludwigshafen, 10. Jan. Wie verlautet, planen die Separatisten, die Leiche des erschossenen Hochverräters Heinz-Orbis im Dom zu Speyer öffentlich aufzubahren.

Die Sanktionen für die Erschießung des Sonderbündlers.

Speyer, 11. Jan. Gestern ist noch eine der von den Schüssen im „Wittelsbacher Hof" getroffenen Personen ihren Verletzungen erlegen, so daß sich die Zahl der Toten auf sechs erhöht. Als Sanktion für die Erschießung von Heinz Orbis hat die sogenannte autonome Regierung die Nachtverkehrssperre von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens über die Stadt verhängt.

Kabinettssitzung in London.

London, 10. Jan. Das Kabinett trat heute unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Baldwin zusammen, um den Wortlaut der königlichen Adresse endgültig zu bestimmen. Die Sitzung wurde nach langen Beratungen auf morgen vertagt, da, wie verlautet, über einzelne Teile der Thronrede unter den Kabinettsmitgliedern keine Einigung erzielt werden konnte.

Rückkehrsgesuch Ferdinands von Bulgarien.

Wien, 10. Jan. Wie die hiesige Zeitung „Die Stunde" meldet, ist der frühere Zar Ferdinand von Bulgarien vorige Woche in Wien gewesen, um über seine Rückkehr nach Bulgarien zu verhandeln. Die Antwort der bulgarischen Regierung sei jedoch ablehnend ausgefallen. Zar Ferdinand bemüht sich trotzdem um die Fortführung dieser Verhandlungen, indem er daran erinnert, er habe seinerzeit freiwillig auf den Thron verzichtet und denke nicht daran, seinem Sohn jetzt die Krone streitig machen zu wollen.

Kundgebungen zum 11. Januar

Berlin, 10. Jan. 1924.

Der Kanzler:

Am 11. Januar nähert sich der Tag, an dem französische und belgische Truppen unter Verletzung des Versailler Friedensvertrags deutsches Land an der Ruhr mit Waffengewalt besetzt haben. Eine Kette schwerster Leiden und Prüfungen ist der Bevölkerung des alt- und neubesetzten Gebietes seit jenem schwarzen Tage auferlegt worden. Tausende von Deutschen wurden mit ihren Familien von Haus und Hof vertrieben und über zweitausend Gefangene harren noch heute in den Gefängnissen der fremden Besatzungsmächte ihrer Befreiung. Die Verbrechen, die ihnen zur Last gelegt wurden, waren Gehorsam gegen die Gesetze ihres Landes und Treue zu Arbeit und Vaterland. Mord und Tötungen, Notzucht, Raub und Mißhandlungen, begangen von farbigen und weißen Truppen, haben in der wehrlosen Bevölkerung das Gefühl ausgelöst, daß sie rechtlos fremder Vergewaltigung preisgegeben sind. Dieses Märtyrium wurde noch ins unerträgliche gesteigert durch die schamlosen Uebergriffe eines landfremden käuflichen Separatistengesindels, dessen Treiben einen Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker bedeutet. An alle diejenigen in der Welt, welche sich noch menschliches Empfinden und völkerrechtliches Denken bewahrt haben, appelliere ich, mit uns dahin zu wirken, daß der Rechtszustand im besetzten Gebiet wieder hergestellt wird, daß vor allem die unschuldig im Gefängnis schmachtenden Deutschen ihren Familien endlich zurückgegeben werden und die Vertriebenen in ihre Heimat zurückkehren können. Alle Leiden und Bedrückungen, denen die Bevölkerung des besetzten Gebietes im Laufe des abgelaufenen Jahres in ihrem Kampfe um Recht und Heimat ausgesetzt war, haben sie nicht wankend machen können in ihrer Treue zum deutschen Vaterland, und niemals war im unbesetzten Deutschland der geistige Besitz von Rhein und Ruhr so stark verankert, wie heute. In allen Deutschen ist gerade durch die bitteren Erfahrungen der letzten Monate die Ueberzeugung vertieft worden, daß besetztes und unbesetztes Gebiet nicht ohne einander leben können, daß sie auf ewig zusammengehören. Auch das unbesetzte Deutschland hat unter den Auswirkungen des an Rhein und Ruhr geführten Kampfes schwer gelitten. Die Abschnürung der Herzkammer unserer Wirtschaft hat unsere Hilfsquellen bis zur völligen Erschöpfung geschwächt. Aber diese Opfer waren gering gemessen an dem, was Rheinland und Westfalen tagtäglich um deutschen Willen auf sich nehmen müssen, und freudig wird jeder Deutsche auch in Zukunft das letzte mit den Brüdern im besetzten Gebiet teilen. Rhein und Ruhr sind deutsch und müssen deutsch bleiben. Als Kanzler des Deutschen Reiches und als Sohn unserer geliebten rheinischen Heimat danke ich heute den Brüdern an Rhein und Ruhr, in der Pfalz und an der Saar für ihr treues Ausharren und entbiete ihnen meine heißen Segenswünsche in der Hoffnung, daß der Tag der Befreiung von fremder Besatzung und der endgültigen Wiedervereinigung mit dem unbesetzten Deutschland nicht mehr fern sei. Kein Opfer wird zu groß sein, um dieses Ziel zu erreichen. Es lebe das einige unteilbare Deutschland!

Höfle, der Reichsminister für die besetzten Gebiete.

Der 10. Januar ist ein Schmerzenstag in der Geschichte des deutschen Volkes, insbesondere für das besetzte Rhein- und Ruhrgebiet. Wenn auch an diesem Tage durch das Inkrafttreten des Vertrags von Versailles formell die fürchterliche Katastrophe des Weltkrieges als beendet galt, so kennt das deutsche Volksempfinden diesen Tag nicht als erlösenden, befreienden, friedenbringenden, weil unter den erdrückenden Lasten und erwürgenden Fesseln des Versailler Diktats wirklicher wahrer Frieden in Deutschland, ja in Europa nicht eintreten konnte. So gebar der 10. Januar 1920 als Tag des Unheils den 10. Januar 1923, den Tag des Ruhreinbruchs, der, über Recht und Vertrag hinwegschreitend, den Arm des aufsteigenden Deutschland lähmte und matte Hoffnungsschimmer friedlichen Aufwärtsstrebens hinter den düsteren Wolken neuen Elends und unsagbaren Leidens ersterben ließ. Als Reichsminister der besetzten Gebiete, wie als Sohn meines so schwer heimgesuchten Pfälzer Landes spreche ich allen den deutschen Schwestern und Brüdern im besetzten Gebiet, die im Geduldertragen und Entsagen für das gesamte deutsche Volk so unendlich Großes und Heroisches geleistet und vollbracht haben, meinen aus tiefstem Mitempfinden und innigster Herzlichkeit entquellenden Dank aus. Wenn mir eine Sorge quälend Herz und Hirn zernagt, so ist das der beklemmende Gedanke, nicht Macht und Mittel zu besitzen, um all die Leiden und Nöte im besetzten Gebiet wie auch im übrigen deutschen Vaterlande zu wehren und dem fleißigen und unsterblichen deutschen Volk wieder im milden Glanze der Friedenssonne Arbeit, Brot und damit Zufriedenheit und Glück zu bringen. Wie dürfen unsere Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr den Eindruck haben, daß sie von der Reichsregierung verlassen und einem ungewissen Schicksal überlassen werden? Keine menschliche Macht vermag mit dauerndem Erfolg tausendjährige Blutsverwandtschaft im Stammbuch der Völker auszulöschen. Hier gilt das Wort: Was Gott verbunden hat, sollen und können die Menschen nicht trennen. Die Reichsregierung strebt nach dauerhaften und tragbaren rechtlichen Verhältnissen und sieht ihre wichtigste Aufgabe darin, die Leiden der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu mildern, die Gefangenen zu befreien, die Rückkehr der Ausgewiesenen herbeizuführen und ein normales Wirtschaftsleben in Gang zu bringen. Sie ist aber auch ernsthaft bemüht, die Reparationspolitik auf einen brauchbaren Weg zu bringen. Im Hinblick auf die großen Opfer und Leiden an Rhein und Ruhr, welche dort um der Gesamtheit des deutschen Volkes willen gebracht werden, darf ich auch an alle Deutschen des unbesetzten Gebietes die Bitte und Mahnung richten, ihrerseits nicht zu erlahmen, in Arbeit und Opfern für die Freiheit und Erlösung des deutschen Volkes ihm dadurch würdig zu sein, im Bilde der Treue und opferbereiten Gemeinschaftsgeistes der Nachwelt als Vorbild zu dienen. Soweit es im Können und in der Möglichkeit der deutschen Regierung und des deutschen Volkes liegt, sind wir bereit, alle Schritte zu tun, um dem heißersehnten Ziele wahren Völkerfriedens entgegen zu streben.

Die Vorgänge in Speyer.

Zu unserer gestrigen Telephonmeldung über den Mord in Speyer liegen heute die folgenden ergänzenden Nachrichten vor:

In dem Augenblick, in dem besonders von englischer Seite unverhülltes Mißbehagen über den von den Franzosen beschützten und geförderten Separatistenunfug in der Pfalz zutage tritt, kommt die Kunde von einem blutigen Ereignis, das blitzhell den Stand der Erregung zeigt, die nachgerade in der Pfalz unter der unerhörten Bedrückung und Mißhandlung durch Franzosen und Separatisten entstanden ist.

Der sog. „Präsident der Pfälzischen Republik", der Gutsbesitzer Heinz aus Orbis, wurde in einem Restaurant, „Wittelsbacher Hof", von Unbekannten, die in das Lokal eindrangen, erschossen. Die ebenfalls anwesenden Separatistenführer Wein, Sand, Weigt und Fußheller fielen ebenfalls unter den Kugeln der Unbekannten. Einige andere Separatisten wurden verwundet. Die Täter entfernten sich ohne Feststellung ihrer Persönlichkeit.

Die ersten Nachrichten über den Vorfall kamen aus Paris, so daß die Angaben darüber schwanken, ob der „Wittelsbacher Hof" in Speyer oder im benachbarten Kirchheimbolanden liegt. Beide Orte haben Gasthöfe mit diesem Namen. Die Täter, drei Personen, waren vermummt, als sie in das Lokal eindrangen, riefen „Hände hoch" und begannen dann zu feuern.

Einzelheiten der Tat.

Nach einem englischen Bericht kamen mehrere vermummte Leute in den Speisesaal und gaben eine Anzahl Schüsse ab. Drei Personen, die an einem Tisch genau gegenüber dem Berichterstatter saßen, sanken, durch den Kopf getroffen, zu Boden. Diejenigen, die geschossen hatten, riefen den Gästen zu, daß sie unbesorgt sein könnten, das Hotel aber nicht vor Ablauf einer Viertelstunde verlassen dürften, und daß die Aktion sich gegen die Separatisten

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF